

Neue Chancen durch Bachelor und Master?

Als eine der Wunderwaffen in der aktuellen Hochschulreform gelten die neuen Studiengänge »Bachelor« und »Master«, in der Kurzfassung »BA/MA«, ausgeschrieben »Bachelor/Master of Arts«. Was verbirgt sich hinter diesen Studiengängen, die wahrscheinlich bald auch an der Universität Köln Einzug halten?

Das Grundprinzip von BA/MA ist die Abkehr vom einheitlichen wissenschaftlichen Studium, das hinter allen bisherigen Varianten wie Magister, Diplom oder Lehramt steckt. BA/MA ist »konsekutiv« aufgebaut, d.h. zuerst kommt ein meist sechssemestriges Bachelor-Studium, auf das dann ein meist viersemestriger Master aufgesetzt werden kann.

Eines der zentralen, offiziell propagierten Ziele von Bachelor und Master ist eine verbesserte internationale Anerkennung und Vergleichbarkeit deutscher Studienabschlüsse. Besonders stichhaltig ist dieses Argument nicht, ist doch ein US-amerikanischer BA/MA kaum mit einem britischen zu vergleichen, ebensowenig mit einem skandinavischen. Auch die bereits in der BRD existierenden über 400 Bachelor/Master-Studiengänge folgen kaum einem einheitlichen Muster.

Weitaus stärker leuchtet ein, dass hinter der BA/MA-Welle eine Politik von »Umbau statt Ausbau« steht. Da die Hochschulen der Anzahl der »Studierwilligen« seit Jahren nicht genügen können, verfechten die BildungspolitikerInnen nunmehr eine Verkürzung der Verweildauer an den Hochschulen. Ein verkürztes und inhaltlich entschlacktes Grundstudium könnte Kosten für Bund und Länder einsparen: Auf den Hochschulausbau kann verzichtet werden – weil nominell die StudentInnenzahlen sinken – und weitere Stellen werden gestrichen: In Nordrhein-Westfalen fallen bereits jetzt 2000 Stellen im Rahmen des so genannten Qualitätspaktes weg.

Noch völlig offen ist die Frage, ob nach absolviertem Bachelor der Übergang in das Master-Studium frei bleibt oder ob dort zusätzliche Hürden wie Bachelor-Abschlussnoten, kurze Studienzeiten, Eingangsprüfungen oder gar Studiengebühren für den Master eingeführt werden. Schließlich versprechen rot-grüne BildungspolitikerInnen nur, dass das Studium, das zum ersten berufsqualifizierenden Abschluss führt, gebührenfrei bleibe.

Gerade das vehemente Dementieren der Absicht, alles über die Kurzstudiengänge hinausgehende mit Gebühren zu belasten oder auch BAföG-Zahlungen ab diesem Punkt auszusetzen, sollte nach der üblichen Entwicklungslogik der herrschenden Politik eher Sorgen bereiten. Schon jetzt wird in Bayern zwischen gebührenfreien und gebührenpflichtigen Masterstudiengängen unterschieden.

Eine andere Funktion, die die Zweiteilung des Studiums erfüllt, ist die Einführung einer Hierarchie in den Studienabschlüssen, die die gesellschaftlichen Verhältnisse im Bildungsbereich wieder »zurechtrückt«. So könnte der Anteil der »gehobenen« Master-AkademikerInnen wieder auf das vor der Öffnung der Hochschulen in den siebziger Jahren übliche Maß zurückgedrängt werden.

Für die »normalen« Bachelor-HochschulabsolventInnen versteht sich das Studium als verlängerte Schul- und Berufsausbildung. Die AbsolventInnen des wissenschaftlichen Aufbaustudiums würden wieder eine deutlich abgrenzbare Elite bilden. Eine solche Politik genügt keinesfalls einem kritischen Wissenschaftsverständnis, das – bei durchaus unterschiedlicher Gewichtung – Praxisbezug, Theorieentwicklung und Forschungsorientierung als unabdingbare Merkmale prinzipiell jeder Studienphase voraussetzt.



Markus Struben

Lass dich nicht keilen! Burschenschaften – reaktionär und nationalistisch

Saufende, uniformierte, sexistische Ewiggestrige, die in spottbilligen Zimmern in Verbindungshäusern leben und sich gegenseitig die Gesichter mit Säbeln verunzieren – ein nicht ganz unzutreffendes Bild, das vielen KommilitonInnen vorschwebt, wenn sie mit Burschenschaften, Verbindungen oder Corps, kurz Korporationen in Berührung kommen. Doch bei genauerer Betrachtung der Korporationszene ergibt sich ein wesentlich düstereres und gefährlicheres Bild, als die muffigen Schaukästen im Untergeschoss des Hauptgebäudes der Uni Köln ahnen lassen.

Zu Semesterbeginn – und in diesem Semester stärker als in den letzten Jahren – schwärmen Burschen, Kartellbrüder und Korporierte aus, um für studentischen Nachwuchs (»Füchse« oder »Füxe«) zu sorgen, was in der Verbindungssprache »keilen« heißt. Dabei betonen sie gerne, dass sie weder den oben beschriebenen Klischees entsprechen noch zum rechten oder gar rechtsextremistischen Spektrum gehören. Sie bezeichnen sich oft als liberal, unpolitisch, akademisch, (über)konfessionell oder traditionsreich, »gesunde Vaterlandsliebe« gehört auch meist zum Standardvokabular. Korporationen werden nicht müde, auf ihre angeblich liberalen Wurzeln zu verweisen. Die Geschichte der Burschenschaften, aber auch die der Verbindungen ist jedoch kaum von liberalen, sondern vielmehr von reaktionären Elementen bestimmt.

Spätestens seit der Gründung des Deutschen Reiches 1871 war die Politik der Verbindungen durchgängig von Nationalismus, Imperialismus und Antisemitismus geprägt. Dies setzte sich während der Weimarer Republik fort. An den so genannten Freikorpsverbänden, die die ArbeiterInnenbewegung bekämpften und den gescheiterten Kapp-Putsch unterstützten, waren viele Korporierte beteiligt. An den Universitäten fand der aufkommende Nationalsozialismus in den Burschenschaften willige Bündnispartner. Schon im Mai 1931 beschloss der Dachverband der Burschenschaften in Deutschland, die Deutsche Burschenschaft (DB), gemeinsam mit dem Nationalsozialistischen Deutschen Studentenbund (NSDStB) »im nationalsozialistischen Sinn an den Hochschulen zu arbeiten«. Die von den

Wohin mit den Kids?

Das von der Alternativen Liste 1997 initiierte Projekt »Studieren mit Kindern« beschäftigte sich mit den Problemen von Studierenden mit Kindern und half vielen jungen Eltern, ihr Studium fortzusetzen. Ein Erfolg des Projekts war die Betreuungsstätte an der Abteilung für Heilpädagogik (AfH). Nur die hartnäckige Zusammenarbeit von Frauen an Universität und Fachhochschule Köln konnte das Kölner StudentInnenwerk veranlassen, sich der Belange studierender Elternteile anzunehmen und u.a. die Trägerschaft über die Kinderbetreuungsstätte »Uni-Kids« zu übernehmen.

Der studentische Sozialbeitrag wurde auf Anregung der linken Hochschulgruppen von zwei Mark erhöht, um die Personalkosten zu decken. Im damals linken ASTA-Projekt »Studieren mit Kindern« arbeiteten Menschen von der Alternativen Liste gemeinsam mit dem Seminar »Studieren mit Kind(ern)« an der AfH einerseits an einem pädagogischen Konzept für die Betreuungsstätte, andererseits an der Bewältigung organisatorischer Probleme bezüglich Betreuung und Finanzierung. Sie beschäftigten sich in vielfacher Weise mit den Möglichkeiten, Studierende mit Kindern zu unterstützen.

Die Bemühungen waren schließlich erfolgreich: Seit dem Sommersemester 1999 können Kinder im Alter von ein bis sechs Jahren bis zu zwölf Stunden wöchentlich in den kindgerechten Räumen an der AfH von drei Erzieherinnen betreut werden. Bevorzugt aufgenommen werden Kinder im Alter von ein bis drei Jahren.

Scybolle Schmiff. 2000



Verbindungen heutzutage gern als Zwangsauflösung gekennzeichnete Verschmelzung mit den NS-StudentInnenorganisationen nach 1933 war tatsächlich eher ein herzliches Zusammengehen. Im März 1933 schrieben die *Burschenschaftlichen Blätter*, das offizielle, bis heute existierende Organ der DB: »Was wir seit Jahren ersehnt und erstrebt haben, ist Tatsache geworden«, für weitere Belege besuche man das *Online-Archiv Studentische Korporationen*, im Internet unter: <http://studenten.freepage.de/sjuergen>.

Die Erfahrungen des NS-Faschismus haben rechtsextremistische Praktiken insbesondere der Burschenschaften nicht gestoppt. Forderungen nach einem Großdeutschen Reich inklusive Österreich und Südtirol wurde des öfteren erhoben: Die Deutsche Burschenschaft beschloss 1992, sie weise die Auffassung zurück, »wonach die territoriale Einheit Deutschlands mit der kleinen Wiedervereinigung vollendet sei«. Das Absingen des Deutschlandliedes mit allen drei Strophen stellt für sie eine Selbstverständlichkeit dar, wie sie auch 1987 in einem Schreiben an die Intendanten von ZDF und ARD deutlich machten, in dem sie forderten, »zum Sendeschluß alle drei Strophen der Nationalhymne zu senden«. Neben revanchistischen Gebietsansprüchen sind rassistische Positionen an der Tagesordnung. 1981 wurde ein »Heidelberger Manifest«, erstellt, von mehreren korporierten Professoren

unterschrieben und von der Germania Köln als Flugblatt verteilt, in dem sich Aussagen finden wie: »Die Integration großer Massen nichtdeutscher Ausländer ist daher bei gleichzeitiger Erhaltung unseres Volkes nicht möglich und führt zu den bekanntesten ethnischen Katastrophen multikultureller Gesellschaften«.

Derart tief in den braunen Sumpf sind nicht alle Korporationen verstrickt – das Spektrum reicht von unpolitisch über konservativ bis nach weit rechtsaußen. Allen Verbindungen gemeinsam sind jedoch die Prinzipien der Männerbünde und der Ämterpatronage. Öffentlich auf den Punkt gebracht hat dies am klarsten Manfred Kanther, CDU-Hardliner, ehemaliger Innenminister, tief verstrickt in den hessischen CDU-Spendenskandal und Mitglied des Corps Guestphalia et Suevoborussia Marburg. Im Jahr 1990 sagte er: »Wir wollen auch weiterhin national gesinnte Menschen in alle führenden Berufe unserer Gesellschaft entsenden.«

Diese nationale Gesinnung will die Kölner Burschenschaft Germania am 19. Januar 2001 wieder demonstrieren: Sie feiert den Jahrestag der Gründung des Deutschen Reiches 1871. Vor zwei Jahren hat zum selben Anlaß eine Gegen-demonstration, an der auch die AL beteiligt war, stattgefunden. Auch 2001 werden wir diese nationalistische und revanchistische Veranstaltung nicht kommentarlos verstreichen lassen.

festen Betreuung zu finanzieren. Die Folge war bis dato, dass über 90 Prozent der Mütter ihr Studium wegen mangelnder preisgünstiger Betreuungsmöglichkeiten abbrechen mussten.

Leider hat der ASTA der Uni Köln das Projekt eingestellt, obwohl die Beschäftigung mit der Thematik nach wie vor notwendig ist, da es weiterhin einen hohen Bedarf an Betreuung für Kinder von Studierenden gibt und viele Verbesserungen in Sachen Unterstützung/Darlehen für studierende Elternteile/Alleinerziehende angegangen werden müssten.

Andrea Klein

Semesterticket ausweiten!

Seit nunmehr sieben Jahren ist die Nutzung des Semestertickets ein fester Bestandteil des studentischen Alltags. Die Alternative Liste war an dessen Einführung maßgeblich beteiligt, hat sich ununterbrochen im Semesterticket-Härtefallausschuss für die Belange der StudentInnen eingesetzt und engagiert sich auch weiterhin für den Fortbestand und die Ausweitung des Tickets. So fordert die AL eine Buslinie auf der Inneren Kanalstraße und die Ausweitung des regionalen Geltungsbereichs des Semestertickets.

Das Semesterticket ist ökologisch sinnvoll. Es motiviert außerdem auch AutofahrerInnen, auf öffentliche Verkehrsmittel umzusteigen. Es ist sozial, weil es allen StudentInnen zu einem erträglichen Preis den gleichen Zugang zu Beförderungsmitteln ermöglicht.

Dieses Prinzip der Solidargemeinschaft, das durch die zur Zeit herrschende Politik etwa im Gesundheits- oder Rentenbereich zunehmend in Frage gestellt wird, gilt es unbedingt zu erhalten.

Die über neunzigprozentige Zustimmung zum Ticket bei der letzten Befragung im Wintersemester 1999 ist ein deutliche Bestätigung für unsere Bemühungen, sich für ökologisch und sozial verträgliche Verkehrspolitik einzusetzen. Leider hat der bestehende RCDS/LUST/Unabhängigen-ASTA nicht nur das ASTA-Ökologiereferat zerstört, sondern auch jegliche studentische Verkehrspolitik eingestellt. Selbst die – unzureichende – Einrichtung eines 5-Minuten-Takts zur Universität geht auf eine frühere Initiative der AL und des letzten linken ASTA zurück.